

50 Jahre Frauen-Union



Eine Ausstellung der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Archiv für Christlich-Demokratische Politik
Rathausallee 12 · 53757 Sankt Augustin
Konzeption und Gestaltung:
Dr. Angela Keller-Kühne

Graphische Gestaltung
und Herstellung:
Gottschalk-Graphik
Gesellschaft für Werbung
und Öffentlichkeitsarbeit mbH
Hauptstraße 15 · 53604 Bad Honnef

Demokratische Anfänge: Der Kampf um Versammlungsfreiheit und Wahlrecht

Noch Anfang des 20. Jahrhunderts dürfen Frauen weder wählen noch einer politischen Partei beitreten. Sie erstreben deshalb politische und rechtliche Gleichstellung. Die bürgerliche Frauenbewegung organisiert sich 1894. Helene Lange und Gertrud Bäumer, die Vorsitzenden des Bundes Deutscher Frauenvereine, fordern die Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten und das Frauenwahlrecht.

Die evangelischen Frauen schließen sich 1899 zum Deutsch-Evangelischen Frauenbund zusammen. Paula Müller-Otfried wird Vorsitzende.

1903 gründet sich der Deutsch-Katholische Frauenbund mit Hedwig Dransfeld als Vorsitzender.

Das geänderte Vereinsrecht von 1908 erlaubt den Frauen die Teilnahme an politischen Versammlungen und die Mitgliedschaft in Parteien.

1918 erlangen die Frauen das Wahlrecht. Die Weimarer Verfassung garantiert ihnen die staatsbürgerliche Gleichstellung.

Wichtige Gesetze gehen auf Initiativen von Frauen zurück:

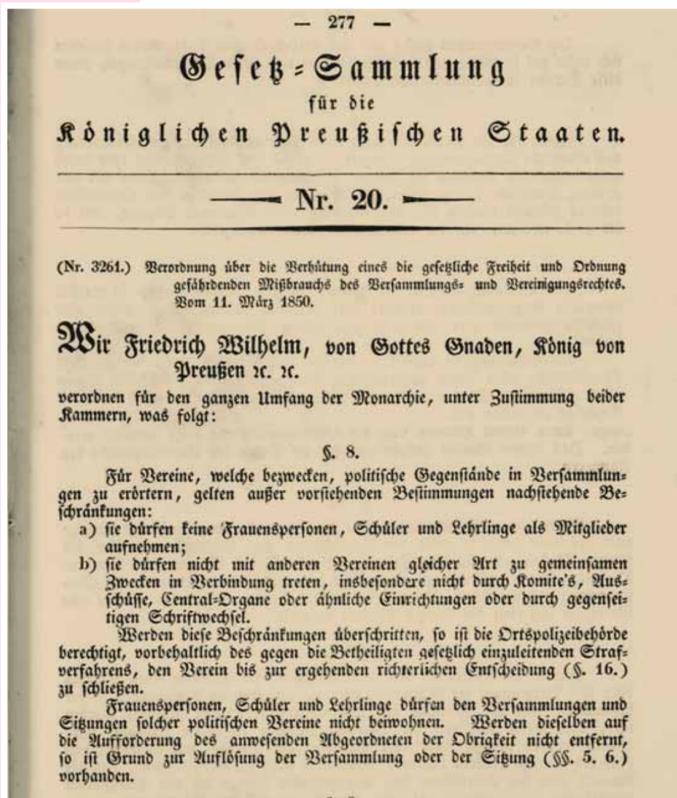
- 1922 Zulassung der Frauen als Schöffen, Richter und Geschworene
- 1922 Einbeziehung der Heimarbeiterinnen in die Sozialversicherung
- 1927 Einführung des Mutterschutzes

- 1 Helene Lange (1848–1930) 1902–1923 Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins.
- 2 Gertrud Bäumer (1873–1954) 1923–1933 Vorsitzende des Bundes Deutscher Frauenvereine, 1919–1932 Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstages (Deutsche Demokratische Partei/Deutsche Staatspartei).
- 3 Paula Müller-Otfried (1865–1946) Gründerin und Vorsitzende des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes, 1920–1932 Mitglied des Reichstages (Deutschnationale Volkspartei).
- 4 Hedwig Dransfeld (1871–1925) Gründerin und Vorsitzende des Deutsch-Katholischen Frauenbundes, 1919–1925 Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstages (Zentrum).
- 5 Der Zentrumsfraktion der Verfassunggebenden Nationalversammlung gehören sechs Frauen an: Maria Schmitz (1875–1962) Christine Teusch (1888–1968) Agnes Neuhaus (1854–1944) Marie Zettler (1885–1950) Hedwig Dransfeld (1871–1925) und Helene Weber (1881–1962).

Im Reichstag treten sie für die Aufhebung der Hungerblockade und die Rückführung der Kriegsgefangenen ein.

- 6 Frauen vor einem Wahllokal in Berlin 1919.

Der Nationalsozialismus verdrängt die Frauen aus dem politischen Leben und aus der Arbeitswelt. Sie werden auf ihre Hausfrauen- und Mutterrolle beschränkt. Die NS-Ideologie rechtfertigt diese Beschränkung mit der „Verantwortung für Volk und Rasse“.



1945: Frauen bauen auf

Die Nachkriegszeit stellt die Frauen vor neue Herausforderungen. Sie arbeiten am Wiederaufbau mit und beteiligen sich am politischen Leben. In allen Besatzungszonen zählen Frauen auch zu den Mitgründern der christlich-demokratischen Parteien, in denen sie sich in Arbeitsgemeinschaften organisieren. 1946 kommt es in der britischen Zone unter dem Vorsitz von Christine Teusch zum ersten überregionalen Zusammenschluß.

In Berlin und in der sowjetischen Zone gerät nach der Gründung des Demokratischen Frauenbundes (DFD) im März 1947 die Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU unter Druck. Die große Mehrheit lehnt eine Zusammenarbeit mit der SED-gesteuerten Massenorganisation ab. So ist 1950 in Sachsen nur etwa ein Prozent der weiblichen CDU-Mitglieder im DFD organisiert.



1

1 „Trümmerfrauen“.

2 Ankündigung einer Veranstaltung mit Elisabeth Pitz-Savelsberg zum Marshall-Plan 1948 in Mühlheim.

3 Elisabeth Pitz-Savelsberg (1906–1996) Mitgründerin der Frauenarbeitsgemeinschaft Hessen, 1953–1969 Mitglied des Deutschen Bundestages.

4 Kölner CDU-Gründerinnen (v.l.n.r.): Gertrud Roberts, Elisabeth Schäfer, Hanna Gerig, Sybilla Hartmann.

5 Mathilde Gantenberg (1889–1975) Mitgründerin der CDU in Trier, 1946–1956 Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung und des Landtages Rheinland-Pfalz, 1948–1951 Staatssekretärin im Kultusministerium, 1956–1961 Mitglied des Deutschen Bundestages.

6 Auszug aus dem Berliner Gründungsaufwurf.

Unterzeichnerinnen des Berliner Gründungsaufwurfs:

7 Elfriede Nebgen (1890–1983) nach 1933 mit Jakob Kaiser im Widerstand, Vorsitzende der Frauenausschüsse in der sowjetischen Zone.

8 Katharina Müller (1887–1982) 1921–1933 Vorsitzende des Verbandes Weiblicher Angestellter.

9 Hildegard Staehle (1894–1945) Mitinitiatorin des Hilfswerks „Rettet die Kinder“.

10 Margarete Ehlert (1886–1962) Stadträtin für Sozialwesen und Mitglied des Frauenausschusses beim Magistrat von Groß-Berlin. Hier: 1946 mit Elfriede Nebgen (links) bei der Sitzung des antifaschistischen Frauenausschusses.

11 Sitzung des Frauenausschusses der CDU in der Reichsgeschäftsstelle in Berlin 1946.



2



3



4



5



6



7



8



9



10



11

Der Weg zur Frauen-Union im vereinten Deutschland

Am 1. Mai 1948 schließen sich in Frankfurt am Main die regionalen Frauenausschüsse zur Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU zusammen. Vorsitzende wird Helene Weber.

Auf dem Bundesparteitag 1951 wird der Bundesfrauenausschuß gegründet. Aus ihm geht 1956 die Frauenvereinigung hervor. 1988 ändert die Frauenvereinigung ihren Namen in Frauen-Union.

Nach dem Fall der Mauer formiert sich am 24. Februar 1990 in Berlin die „deutsch-deutsche Frauen-Union“. Die Frauen-Union Deutschlands entsteht durch den Beitritt der Landesverbände der neuen Bundesländer am 19. Oktober 1991. Das gemeinsame Programm lautet „Bausteine für die Einheit“.

- 1 Hotel Monopol in Frankfurt am Main (um 1950): Gründungsort der Frauenarbeitsgemeinschaft von CDU und CSU.
- 2 Einladung zur Gründungsversammlung.
- 3 Gründung des Bundesfrauenausschusses 1951 in Karlsruhe.
- 4 Umbenennung in Frauen-Union auf dem 16. Bundesdelegiertentag am 20. Januar 1988 in Bonn.
- 5 Einladung zur Gründungsversammlung der „deutsch-deutschen Frauen-Union“.
- 6 Die Gründungsversammlung der „deutsch-deutschen Frauen-Union“ in Berlin-Weißensee.
- 7 Die Landesvorsitzenden aus den fünf neuen Ländern auf dem Bundesdelegiertentag am 19. Oktober 1991 in Bonn (v.l.n.r.): Karin Lück (Mecklenburg-Vorpommern), Kerstin Claubert (Brandenburg), Katharina Landgraf (Sachsen), Birgit Bauer (Thüringen), Sabine Klenke (Sachsen-Anhalt).



1



2



3



4



5



6



7

Die Vorsitzenden von 1948 bis heute

Helene Weber (1881–1962) 1951–1958 katholische Vorsitzende

1900 Lehrerinnenexamen
1900–1905 Volksschullehrerin
1905–1909 Studium Geschichte, Französisch, Philosophie, Soziologie, abgeschlossen mit der akademischen Prüfung für das wissenschaftliche Lehramt an höheren Schulen
1909 Studienrätin in Bochum und Köln
1916–1919 Gründung und Leitung der Wohlfahrtschule des Katholischen Deutschen Frauenbundes in Köln
1919 Referentin im preußischen Wohlfahrtsministerium; Aufgabenbereich: Soziale Bildungsfragen, Jugendpflege und Jugendbewegung
1920–1933 Ministerialrätin im preußischen Wohlfahrtsministerium
1933 Entlassung aus politischen Gründen
1919 Mitglied der Nationalversammlung (Zentrum)
1922–1924 Mitglied des preußischen Landtages
1924–1933 Mitglied des Reichstages
1946 Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen
1946–1948 Mitglied des Zonenbeirates
1948–1949 Mitglied des Parlamentarischen Rates
1948 Vorsitzende der Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU
1949–1962 Mitglied des Deutschen Bundestages
1950–1962 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates
1955–1962 Mitglied der Versammlung der Westeuropäischen Union

Anne Brauksiepe (1912–1997) 1958–1969 katholische Vorsitzende, 1969–1971 Vorsitzende

1931 Abitur
1931–1933 Tätigkeit in der Behindertenfürsorge
1937–1943 Tätigkeit bei körperlich behinderten Kindern
1945 Stadtverordnete in Duisburg
1949–1972 Mitglied des Deutschen Bundestages
1956–1967 und
1969–1973 Mitglied des Bundesvorstandes der CDU
stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
1965–1968
1966–1969 erstes weibliches Mitglied im Präsidium der CDU
1968–1969 Bundesministerin für Familie und Jugend

Helga Wex (1924–1986) 1971–1986 Vorsitzende

1942 Abitur
1949 Promotion nach dem Studium der Literaturwissenschaften, germanischen und klassischen Philologie, Geschichte und Soziologie.
1953–1957 Ministerialreferentin bei der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen
1961–1973 Ratsmitglied der Stadt Mülheim/Ruhr
1967–1969 und
1969–1977 Mitglied im Präsidium der CDU als Nachfolgerin von Anne Brauksiepe
1972–1986 Mitglied des Deutschen Bundestages
1972–1986 stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
1973 Vorsitzende der Kommission Frauen der Bundespartei
1977 Vorsitzende der Europa-Sektion der CDU-Frauenvereinigung
1977–1986 Mitglied des Bundesvorstandes der CDU
1983–1986 Koordinatorin für die deutsch-französischen Beziehungen im Auswärtigen Amt

Rita Süßmuth (geb. 1937) seit 1986 Vorsitzende

1956 Abitur
1956–1961 Studium der Romanistik und Geschichte, Postgraduiertenstudium Erziehungswissenschaft, Soziologie, Psychologie
1964 Promotion
1963–1966 Wissenschaftliche Assistentin an den Hochschulen Stuttgart und Osnabrück
1966 Dozentin an der Pädagogischen Hochschule Ruhr
1969 Professorin an der Ruhr-Universität Bochum für Internationale Vergleichende Erziehungswissenschaft, Lehrbeauftragte bis 1982
1971 ordentliche Professorin für Erziehungswissenschaften an der Pädagogischen Hochschule Ruhr
1971–1985 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit
Lehrstuhl für Erziehungswissenschaft an der Universität Dortmund, z. Zt. beurlaubt
seit 1981 Mitglied der CDU
1982–1985 Direktorin des Forschungsinstituts „Frau und Gesellschaft“ in Hannover
1985–1988 Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, ab 1986 auch für Frauenfragen
seit 1987 Mitglied des Deutschen Bundestages
seit 1987 Mitglied im Präsidium der CDU
seit 1988 Bundestagspräsidentin

Bis 1969 wird die Frauenvereinigung gleichberechtigt von einer katholischen und einer evangelischen Vorsitzenden geleitet:

1 Maria Eichelbaum (1910–1994) 1951–1954 evangelische Vorsitzende

1946–1949 Stadtverordnete in Leipzig
1969–1981 Vorsitzende des Frauenausschusses der Exil-CDU

2 Margarete Schuckert (1896–1981) 1954–1956 evangelische Vorsitzende

1949–1956 Stadtverordnete in Berlin-Zehlendorf

3 Hedwig Jochmus (1899–1993) 1956–1966 evangelische Vorsitzende

1953–1957 Mitglied des Deutschen Bundestages
1960–1967 Mitglied des Landtages Baden-Württemberg

4 Charlotte Fera (1905–1998) 1966–1969 evangelische Vorsitzende

1957–1993 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft
1967–1973 Präsidentin der Europäischen Frauen-Union (EFU)



Helene Weber

„Lassen Sie mich noch einmal sagen: Würdigt die Frauen! Stellt sie in die Verantwortung, damit sie der Partei auch nützen können.“



Anne Brauksiepe

„Das politische Amt, die aktive politische Mitarbeit der Frau als praktische Selbstverständlichkeit, das auf allen Ebenen zu erreichen hängt nicht nur von der Großzügigkeit der Männer allein ab, sondern wird in hohem Maße von uns selbst bestimmt.“



Helga Wex

„Es gibt keine Probleme der Frau, die nicht auch zugleich Probleme der jeweiligen Gesellschaft wären. Eine Unterscheidung etwa zwischen Frauen und ihren Funktionen in ‚Nur-Hausfrauen‘ und berufstätige Frauen schafft ein Klima, in dem die Partnerschaft – auch die partnerschaftliche Familie – nicht



Rita Süßmuth

„Als Frauen in der CDU arbeiten wir dafür, daß jeder Mensch in Freiheit sein Leben wahrnehmen, seine Gaben und Fähigkeiten entfalten, auf das Gegenüber von Menschen bezogen sein kann.“



CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION



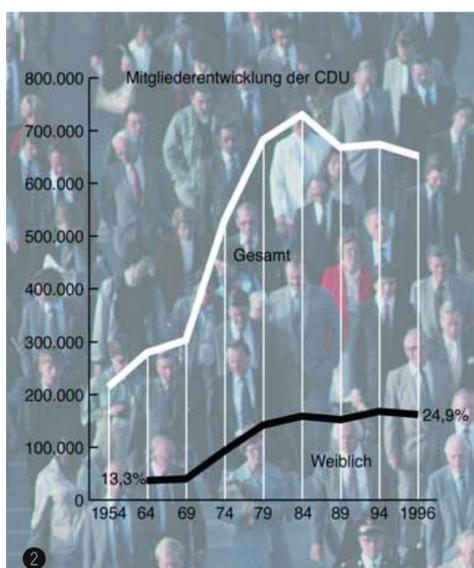
Mehr Chancen für Frauen

Die Forderung nach Gleichberechtigung der Frauen in Staat und Gesellschaft artikuliert die Frauenvereinigung 1964 auf dem Bochumer Kongreß „Frau und Arbeitswelt morgen“ und 1969 in Ludwigshafen unter dem Motto „Die Frau im Spannungsfeld unserer Zeit“.

Die Ausgestaltung des Verhältnisses von Mann und Frau greift 1968 das Berliner Programm der CDU auf. Auf dieser Grundlage verabschiedet die CDU 1975 das Programm „Frau in Staat und Gesellschaft“. Die Frauenvereinigung erlangt das Antragsrecht auf Bundesparteitagen. 1985 widmet die CDU in Essen als erste Volkspartei einen Parteitag ganz der Frauenpolitik. Die Leitlinien „Gleiche Chancen von Mann und Frau in der Politik“ werden beschlossen. 1986 fordert der Mainzer Parteitag die Beteiligung der Frauen an Ämtern und Mandaten entsprechend der Mitgliederzahl in der CDU.

1988 werden in Wiesbaden die „Richtlinien zur Gleichberechtigung von Mann und Frau“ verabschiedet. 1996 wird in Hannover das Frauenquorum eingeführt.

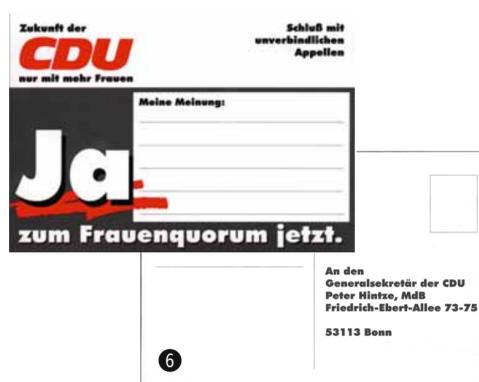
- 1 Wandzeitung zum Essener Bundesparteitag 1985.
- 2 Der Anteil der Frauen an den Mitgliedern der CDU.
- 3 Die weiblichen Abgeordneten von CDU und CSU im Deutschen Bundestag seit 1949.
- 4 Rita Süßmuth (Mitte) im März 1994 mit Ursula Männle (links) und Doris Pack (rechts) auf einer Demonstration für Frauenrechte in Bonn.
- 5 Karikatur nach einem Ausspruch von Maria Stommel (1914–1990), 1964–1976 Mitglied des Deutschen Bundestages.
- 6 Postkartenaktion der Frauen-Union für die Einführung des Frauenquorums 1996.



Wahlperiode	Anteil der weiblichen Abgeordneten im Deutschen Bundestag	Anteil der weiblichen Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
1949–1953	6,8%	7,7%
1953–1957	8,8%	7,6%
1957–1961	9,2%	7,9%
1961–1965	8,3%	7,2%
1965–1969	6,9%	6,0%
1969–1972	6,6%	5,6%
1972–1976	5,8%	6,4%
1976–1980	7,3%	7,5%
1980–1983	8,5%	7,6%
1983–1987	9,8%	6,7%
1987–1990	15,4%	7,7%
1990–1994	20,5%	13,8%
1994–1998	26,3%	13,9%



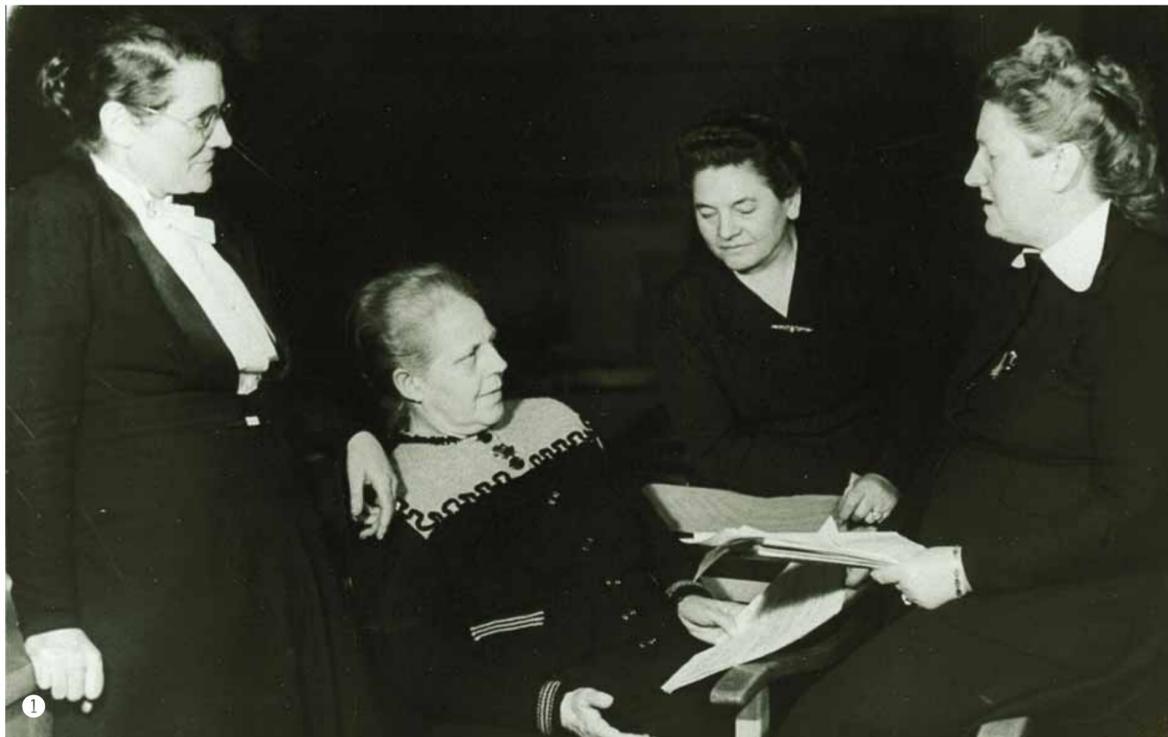
Die ideale Politikerin
 „Wenn sich eine Frau um ein Mandat bewirbt, dann muß sie aussehen wie 20, einen Kopf haben wie ein Rathaus und arbeiten wie ein Pferd.“



„Männer und Frauen sind gleichberechtigt“

Der Parlamentarische Rat beschließt 1949 die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Grundgesetz. Sowohl Helene Weber (CDU) wie Elisabeth Selbert (SPD) betonen als Sprecherinnen ihrer Fraktionen die Gleichwertigkeit der Frau und ihre Verschiedenartigkeit gegenüber dem Mann. Umstritten ist jedoch die Formulierung des entsprechenden Grundgesetzartikels. Man einigt sich auf den von Frau Selbert eingebrachten Vorschlag „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“.

Der Gesetzgeber erhält den Auftrag, das Bürgerliche Gesetzbuch dieser Verfassungsnorm anzupassen. Der Deutsche Bundestag richtet 1973 eine Enquete-Kommission ein, die sich mit der Verbesserung der rechtlichen und sozialen Lage der Frauen beschäftigt. 1979 initiiert die CDU die Gründung des wissenschaftlichen Instituts „Frau und Gesellschaft“. Leiterin wird Rita Süßmuth.



1 Die weiblichen Mitglieder des Parlamentarischen Rates (v.l.n.r.): Helene Wessel (Zentrum), Helene Weber (CDU), Friederike Nadig (SPD) und Elisabeth Selbert (SPD).

Die rechtliche und soziale Gleichstellung der Frau wird durch folgende Gesetze geregelt:

1957

Erstes Gleichberechtigungsgesetz

Frauen dürfen auch ohne Einwilligung ihres Ehemannes berufstätig sein.

Bis dahin sprach das Bürgerliche Gesetzbuch von 1900 dem Mann in allen die eheliche Lebensgemeinschaft und die Erziehung der Kinder betreffenden Fragen die letzte Entscheidung zu.

1977

Reform des Ehe- und Familienrechts

Haushalt und Beruf sind gleichwertig.

Im Ehe- und Familienrecht steht seitdem: „Beide Ehepartner sind berechtigt, erwerbstätig zu sein – bei der Wahl und Ausübung haben sie auf die Belange des anderen Ehegatten und der Familie die gebotene Rücksicht zu nehmen.“

1986

Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit wird zum Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit umgebildet

Ihm wird die Federführung für Frauenfragen einschließlich Gesetzgebungskompetenz übertragen.

1987

Die Geschäftsordnung der Bundesregierung wird geändert

Dem Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit werden Mitwirkungsrechte in allen frauenpolitischen Angelegenheiten des Bundes eingeräumt.

1994

Das Zweite Gleichberechtigungsgesetz tritt in Kraft

Das Zweite Gleichberechtigungsgesetz zieht die Konsequenz aus dem Auftrag des Einigungsvertrages, „die Gesetzgebung zur Gleichberechtigung ... weiterzuentwickeln“. Es wird vor allem auch dem geänderten Grundgesetzartikel 3 Absatz 2 gerecht, in dem der Staat ausdrücklich beauftragt wird, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern durchzusetzen und bestehende Nachteile zu beseitigen.

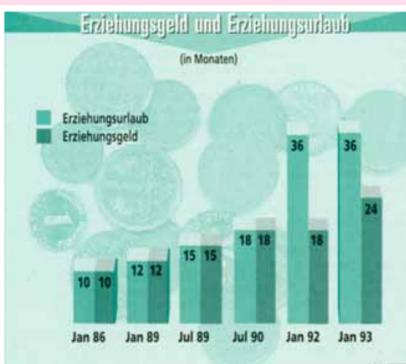
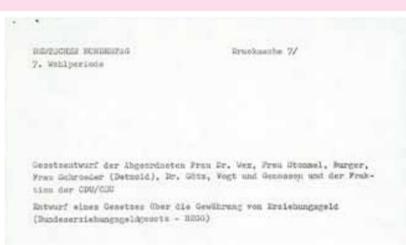
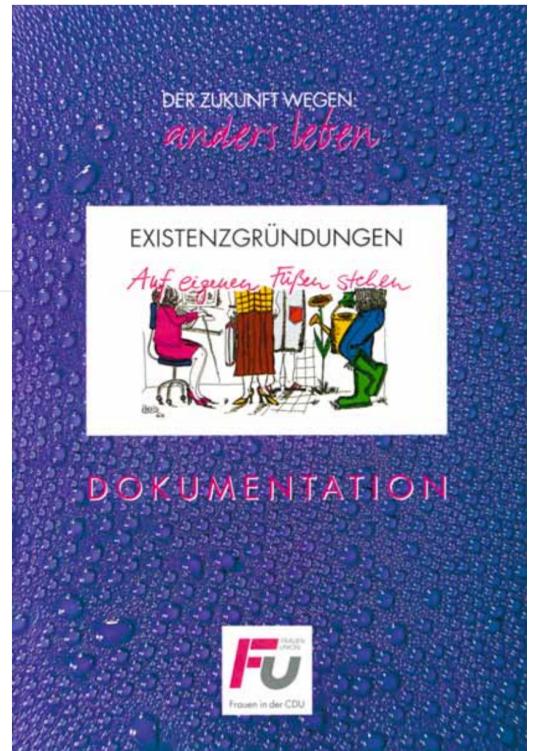
Die Regelungen des Gesetzes gelten in der Zuständigkeit des Bundes für

- eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- den Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit auch in Leitungsfunktionen,
- die Berufung von Frauen in Gremien des Bundes,
- gleiche Chancen bei Einstellung, Qualifikation, Aufstieg und Fortbildung.

Für den öffentlichen Dienst und die Privatwirtschaft werden Regelungen getroffen für

- Chancengleichheit am Arbeitsplatz und Entschädigungen bei Benachteiligungen,
- Schutz vor sexueller Belästigung.

Wegmarken erfolgreicher Politik



Das Engagement der Frauen in der Union wird in der Regierungsverantwortung von CDU und CSU durch folgende Gesetze dokumentiert:

Familienlastenausgleich

- 1955 Einführung des Kindergeldes. Der Durchbruch zu einem Familienleistungsausgleich wurde 1996 mit der Erhöhung von 50 DM auf 220 DM für das erste Kind erreicht.

Erziehungsgeld

- Seit 1986 erhalten Eltern ein Erziehungsgeld von monatlich 600 Mark bis zu zwei Jahren.

Erziehungsurlaub

- Seit 1986 erhalten Mütter oder Väter Erziehungsurlaub. Sie haben Anspruch auf Wiedereinstellung.

Arbeitsfreistellung zur Versorgung eines kranken Kindes

- Väter und Mütter werden wegen der Versorgung eines kranken Kindes bis zu 10 Tage von der Arbeit freigestellt; Alleinerziehende bis zu 20 Tage.

Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz

- Seit 1. Januar 1996 haben Kinder ab dem 3. Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz.

Verbesserte Rahmenbedingungen für familienfreundliche Teilzeitarbeit

- 1985 Arbeitsrechtliche Gleichstellung von Voll- und Teilzeitarbeit.
- 1994 Regelung für Teilzeitarbeit im Gleichberechtigungs- und Beschäftigungsförderungsgesetz.

Frauen im Berufsleben

- 1955 Verbot von Frauenlohngruppen.
- 1996 Frauen in der Privatwirtschaft erhalten einen Anspruch auf Entschädigung, wenn sie wegen ihres Geschlechts bei der Einstellung oder beim beruflichen Aufstieg benachteiligt werden.
- Frauen werden entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen gefördert.
- Förderung von Existenzgründungen.

Rückkehr in den Beruf

- Seit 1989 Programme zur beruflichen Wiedereingliederung.

Ausbau der eigenständigen Alterssicherung für Frauen

- 1949 Einführung der Witwenrente.
- 1972 Öffnung der Rentenversicherung für Hausfrauen, Selbständige und mithelfende Familienangehörige.
- 1986 Kindererziehungsjahre werden bei der Rente angerechnet, seit 1992 von einem auf drei Jahre pro Kind.
- 1995 Pflegezeiten werden in der gesetzlichen Rentenversicherung anerkannt.
- 1995 Agrarsozialreformgesetz bringt eigenständige soziale Absicherung für Bäuerinnen.
- 1997 Rentenreform 1999 bewertet Erziehungszeiten stufenweise bis zum Jahr 2000 mit 100 Prozent des Durchschnittsverdienstes aller Versicherten. Erwerbstätige erhalten Kindererziehungszeiten zusätzlich.

Hilfe für Alleinerziehende

- 1985 Steuerliche Berücksichtigung der Kinderbetreuungskosten Alleinerziehender.
- 1986 Erhöhung des Haushaltsfreibetrages für Alleinerziehende.
- 1993 Unterhaltsvorschuß für Kinder bis 12 Jahre wird jetzt bis zu sechs Jahren gezahlt.

Hilfe für Schwangere

- 1952 Mutterschutzgesetz: Sicherung des Arbeitsverhältnisses schwangerer Frauen, Schutz vor gesundheitsgefährdender Beschäftigung.
- 1984 Gesetz zur Einrichtung einer Stiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“.
- Seit 1995 erhalten Frauen im Zusammenhang mit der Neuregelung des Paragraphen 218 umfangreiche Leistungen in Konfliktsituationen.

Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz

- 1996 Beschäftigte im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft werden vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz geschützt.

Schutz vor Gewalt

- 1997 Die Vergewaltigung in der Ehe wird unter Strafe gestellt. Die Gesetze gegen den sexuellen Mißbrauch von Kindern und Frauenhandel werden verschärft.

Der Zukunft wegen: anders leben

1995 ist die Frauen-Union auf dem Bonner Bundesdelegiertentag aufgebrochen unter dem Motto „Der Zukunft wegen: anders leben.“ Sie rüstet sich damit für die Probleme des 21. Jahrhunderts.

„Anders leben“ heißt, die Schöpfung und den Willen zu ihrer Bewahrung in alle wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Entscheidungen einzubeziehen, die die nachfolgenden Generationen betreffen:

- Zukunft der Arbeit als zentrales Thema, insbesondere für die Jugend
- Existenzgründung
- Grundlegende Reform der geringfügigen Beschäftigung
- Wege der Frauen in die Informationsgesellschaft
- Offensive für die Familie
- Ausbau der eigenständigen sozialen Sicherung für Frauen
- Abbau der Barrieren für Behinderte
- Prävention gegen Entstehung von Gewalt in der Gesellschaft

Wandzeitung von 1995.



Frauen international

Von Anfang an unterstützen christlich-demokratische Frauen den europäischen Einigungsprozeß. 1954 nimmt Helene Weber am Gründungskongreß der Europäischen Frauen-Union (EFU) in Innsbruck teil. 1963 wird mit Maria Probst erstmals eine deutsche Vorsitzende gewählt. Von 1967 bis 1973 steht Charlotte Fera, von 1983 bis 1987 Ursula Schleicher an der Spitze der EFU.

Die Frauen-Union ist auch in der Frauensektion der EVP/EUCD vertreten. Bereits auf der ersten Generalversammlung 1978 legt sie ihre Forderungen zur Frauen- und Familienpolitik vor.



Neue Vorsitzende der EU-Frauen

Doris Pack MdEP -
Neue Vorsitzende der Europasektion der Frauen der CDU/CSU und Vizepräsidentin der Frauensektion der EVP/EUCD

1 Marlene Lenz, 1976–1996 Vorsitzende der Europasektion der Frauen der CDU/CSU und 1986–1996 der Frauensektion der EVP/EUCD, mit Doris Pack (links), die 1996 zur Vorsitzenden der Europasektion der Frauen und zur Vizepräsidentin der Frauensektion der EVP/EUCD gewählt wird. Rechts: Leni Fischer, seit 1994 Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europarat.

2 Prospekt zur internationalen Zusammenarbeit.

3 Motto des 19. Bundesdelegiertentages vom 26. bis 29. September 1992 in Suhl.

4 Initiative der Frauen-Union Bremen gegen Gewalt im ehemaligen Jugoslawien.



Die Weltfrauenkonferenzen sind seit 1975 Foren für den Kampf gegen Armut und Diskriminierung von Frauen in aller Welt.

In Peking fordern 1995 über 20 000 Frauen die Einhaltung der Menschenrechte.

5 Logo der Weltfrauenkonferenz.

6 Claudia Nolte, seit 1994 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 1995 in Peking:

„Die Stärkung der Rechte der Frauen, das Recht auf Selbstbestimmung, die Verbesserung ihrer sozialen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Situation sind nicht nur Voraussetzungen für die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Verwirklichung der Menschenrechte überhaupt. Sie sind darüber hinaus Gebot des Faktischen zur Lösung der weltweiten Probleme und für eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaften. Gleichberechtigungspolitik ist damit eine Voraussetzung für eine friedliche und soziale Entwicklung in allen Teilen der Erde.“



FRAUENRECHTE MENSCHENRECHTE



Frauen in politischer Verantwortung

Bundesministerinnen

Elisabeth Schwarzhaupt (1901–1986)
1961–1966 Bundesministerin für Gesundheit

Aenne Brauksiepe (1912–1997)
1968–1969 Bundesministerin für Familie und Jugend

Dorothee Wilms (geb. 1929)
1982–1987 Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft, 1987–1991 für innerdeutsche Beziehungen

Rita Süßmuth (geb. 1937)
1985–1988 Bundesministerin für Jugend, Familie, Gesundheit und Frauen (seit 1986)

Ursula Lehr (geb. 1930)
1988–1991 Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

Angela Merkel (geb. 1954)
1991–1994 Bundesministerin für Frauen und Jugend, seit 1994 für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Hannelore Rösch (geb. 1942)
1991–1994 Bundesministerin für Familie und Senioren

Claudia Nolte (geb. 1966)
seit 1994 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Elisabeth Schwarzhaupt



Aenne Brauksiepe



Dorothee Wilms



Rita Süßmuth



Ursula Lehr



Angela Merkel



Hannelore Rösch



Claudia Nolte

Staatssekretärinnen auf Bundesebene

Lieselotte Berger (1920–1989)
1987–1989 Parlamentarische Staatssekretärin Bundeskanzleramt

Sabine Bergmann-Pohl (geb. 1946)
1990–1991 Bundesministerin für besondere Aufgaben, seit 1991 Parlamentarische Staatssekretärin Bundesministerium für Gesundheit

Gertrud Dempwolf (geb. 1936)
seit 1994 Parlamentarische Staatssekretärin Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Agnes Hürland-Büning (geb. 1926)
1987–1990 Parlamentarische Staatssekretärin Bundesministerium der Verteidigung

Irmgard Karwatzki (geb. 1940)
1982–1987 Parlamentarische Staatssekretärin Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, 1987–1989 Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft, seit 1994 Bundesministerium der Finanzen

Christa Thoben (geb. 1941)
seit 1995 Parlamentarische Staatssekretärin Bundesministerium Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Roswitha Verhülsdonk (geb. 1927)
1991–1994 Parlamentarische Staatssekretärin Bundesministerium für Familie und Senioren

Elke Wülfing (geb. 1947)
seit 1997 Parlamentarische Staatssekretärin Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technik

Gabriele Wülker (geb. 1911)
1957–1959 Staatssekretärin Bundesministerium für Jugend und Familie

Cornelia Yzer (geb. 1961)
1992–1994 Parlamentarische Staatssekretärin Bundesministerium für Frauen und Jugend, 1994–1997 Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die erste Wehrbeauftragte

Claire Marienfeld (geb. 1940)
1990–1995 Mitglied des Deutschen Bundestages, seit 1995 Wehrbeauftragte



Lieselotte Berger



Sabine Bergmann-Pohl



Gertrud Dempwolf



Agnes Hürland-Büning



Irmgard Karwatzki



Christa Thoben



Roswitha Verhülsdonk



Elke Wülfing



Gabriele Wülker



Cornelia Yzer



Claire Marienfeld

Frauen in politischer Verantwortung

Länderministerinnen

Baden-Württemberg

Annemarie Griesinger (geb. 1924)
1972–1980 Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales,
1980–1984 für Bundesangelegenheiten

Barbara Schäfer-Wiegand (geb. 1934)
1984–1988 Ministerin für Arbeit, Gesundheit, Familie und
Sozialordnung, 1988–1992 für Arbeit, Gesundheit, Familie
und Frauen

Annette Schavan (geb. 1955)
1995–1996 Ministerin für Kultus und Sport, seit 1996
für Kultus, Jugend und Sport

Marianne Schultz-Hector (geb. 1929)
1991–1995 Ministerin für Kultus und Sport

Berlin

Beate Hübner (geb. 1955)
seit 1995 Senatorin für Gesundheit und Soziales

Hanna-Renate Laurien (geb. 1928)
1981–1989 Senatorin für Schulwesen, Berufsbildung und
Sport, 1986–1989 Stellvertreterin des Regierenden Bürger-
meisters, 1991–1995 Präsidentin des Abgeordnetenhauses

Hessen

Irmgard Reichardt (1935–1994)
1987–1991 Ministerin für Landwirtschaft, Forsten und
Naturschutz

Mecklenburg-Vorpommern

Bärbel Kleedehn (geb. 1952)
1990–1996 Ministerin für Finanzen, seit 1996 für Bau,
Landesentwicklung und Umwelt

Petra Uhlmann (geb. 1960)
1990–1993 Ministerin für Umwelt

Niedersachsen

Birgit Breuel (geb. 1937)
1978–1986 Ministerin für Wirtschaft und Verkehr, 1986–
1990 der Finanzen

Nordrhein-Westfalen

Christine Teusch (1888–1968)
1947–1954 Ministerin für Kultus

Rheinland-Pfalz

Ursula Hansen (geb. 1935)
1985–1990 Ministerin für Soziales und Familie

Hanna-Renate Laurien (geb. 1928)
1976–1981 Ministerin für Kultus

Saarland

Rita Waschbüsch (geb. 1940)
1974–1977 Ministerin für Familie, Gesundheit und
Sozialordnung

Sachsen

Friederike de Haas (geb. 1944)
seit 1994 Staatsministerin für Fragen der Gleichstellung
von Frau und Mann

Stefanie Rehm (geb. 1950)
1990–1993 Staatsministerin für Kultus

Sachsen-Anhalt

Petra Wernicke (geb. 1953)
1991–1994 Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und
Forsten

Schleswig-Holstein

Ursula Gräfin Brockdorff (1936–1989)
1983–1987 Ministerin für Soziales, 1987–1988 geschäfts-
führende Ministerin für Soziales

Lena Ohnesorge (1898–1987)
1957–1967 Ministerin für Arbeit, Soziales und Vertriebene
(bis September 1958 GB/BHE, ab Oktober 1959 CDU)

Thüringen

Christine Lieberknecht (geb. 1958)
1990–1992 Ministerin für Kultus, 1992–1994 für Bundes-
und Europaangelegenheiten, seit 1994 für Bundes-
angelegenheiten



Annemarie Griesinger



Barbara Schäfer-Wiegand



Annette Schavan



Marianne Schultz-Hector



Beate Hübner



Hanna-Renate Laurien



Irmgard Reichardt



Bärbel Kleedehn



Petra Uhlmann



Birgit Breuel



Christine Teusch



Ursula Hansen



Rita Waschbüsch



Friederike de Haas



Stefanie Rehm



Petra Wernicke



Ursula Gräfin Brockdorff



Lena Ohnesorge



Christine Lieberknecht

„Wir sind am Zug“

- 1 Bundeskabinett 1949
- 2 Bundeskabinett 1961
- 3 Bundeskabinett 1990
- 4 Kabinett 2000



Rita Süßmuth:

„Wir müssen noch sehr viel Überzeugungsarbeit leisten, um den Frauen vor Augen zu führen, daß wir ohne Macht, das heißt Einfluß ausüben zu wollen, weder gestalten noch verändern können.“



Frauen in Hessen

Im Mai 1946 gründet sich in Wiesbaden der Landesfrauenausschuß der CDU. Er koordiniert die Arbeit der bereits nach dem Zusammenbruch 1945 entstandenen lokalen Frauenausschüsse. Maria Sevenich und Elfriede Ketzer übernehmen den Vorsitz, ihnen folgen 1947 Elisabeth Rhabanus und Elisabeth Pitz-Savelsberg. 1950 wird der Frauenausschuß in Frauenvereinigung umbenannt. Vorsitzende wird Gabriele Strecker.

Elfriede Ketzer (1885–1971) 1946–1947 evangelische Vorsitzende, Mitgründerin der CDU Hofheim.

Maria Sevenich (1907–1970) 1946–1947 katholische Vorsitzende, Mitgründerin der CDU Darmstadt.

Elisabeth Pitz-Savelsberg (1906–1996) 1947 Vorsitzende, 1946–1953 Mitglied des Landtages, 1953–1969 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Gabriele Strecker (1904–1983) 1950–1960 Vorsitzende, 1954–1962 Mitglied des Landtages.

Hedwig Matuschek (1903–1992) 1945 Stadtverordnete in Magdeburg, 1961–1971 Vorsitzende, 1958–1966 Mitglied des Landtages.

Lotte Philippi (geb. 1918) 1971–1973 Vorsitzende, 1974–1982 Mitglied des Landtages.

Christel Ullhorn (geb. 1927) 1970–1978 Mitglied des Landtages, 1973–1979 Vorsitzende.

Ingeborg Seitz (geb. 1924) 1980–1996 Vorsitzende, seit 1970 Mitglied des Landtages.

Bärbel Sothmann (geb. 1939) seit 1996 Vorsitzende, seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages, seit 1994 Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



Elfriede Ketzer



Maria Sevenich



Elisabeth Pitz-Savelsberg



Gabriele Strecker



Hedwig Matuschek



Lotte Philippi



Christel Ullhorn



Ingeborg Seitz



Bärbel Sothmann

Hessische Oberbürgermeisterinnen

Margarete Härtel (geb. 1943) seit 1994 Oberbürgermeisterin von Hanau.

Otti Geschka (geb. 1939) 1987–1991 Bevollmächtigte der hessischen Landesregierung für Frauenangelegenheiten, seit 1994 Oberbürgermeisterin von Rüsselsheim.

Petra Roth (geb. 1944) 1987–1995 Mitglied des Landtages, seit 1995 Oberbürgermeisterin von Frankfurt.



Margarete Härtel



Otti Geschka



Petra Roth